

## Diesel-Skandal Forscher gegen Berichtsentwurf

Sachverständige üben scharfe Kritik an dem Berichtsentwurf des Untersuchungsausschusses zum Abgasskandal, den die Regierungskoalition vorgelegt hat. So fühlt sich die renommierte Epidemiologin Annette Peters darin falsch wiedergegeben. Die Abgeordneten der Regierungsparteien behaupten, ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Stickoxidemissionen und Sterblichkeit sei nicht erwiesen, und berufen sich dabei auf die Direktorin des Helmholtz-Instituts für Epidemiologie II Peters. Dem widerspricht sie: „Die Epidemiologie dazu ist eindeutig.“ Selbst unterhalb der derzeitigen Grenzwerte seien Gesundheitseffekte beobachtet worden, sagt sie. So habe sie es den Parlamentariern auch vorgetragen. Peter Mock vom



Anti-Diesel-Demo in München

Forschungsinstitut ICCT wehrt sich gegen eine Entwurfspassage, nach der lasche Regeln die Manipulationen am Abgassystem von Dieselfahrzeugen begünstigt hätten. In Wahrheit hätten die deutschen Behörden die Verordnungen zugunsten der Hersteller ausgelegt, so Mock. Grüne und Linkspartei haben bereits angekündigt, zum Abschlussbericht ein Sondergutachten gegen die Sichtweise der Regierungskoalition abzugeben. gt, rom

## Zeitgeschichte Falsche Banker

Die Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) war während des Kalten Krieges in Spionageoperationen verwickelt. Das legen amerikanische und deutsche Geheimdienstunterlagen nahe. Danach vereinbarte 1951 Reinhard Gehlen, Gründer des Bundesnachrichtendienstes, mit Kanzleramtschef Hans Globke, die staatliche KfW für „Cover-Zwecke“ zu nutzen. Die Bank sollte rund 50 Agenten „Tarnung“ bieten. Vermutlich sollten die Spione als KfW-Mitarbeiter auftreten können. Den Kontakt zur Geheimdienstzentrale in Pullach hielt nach den Unterlagen der Banker Otto Schniewind, vor 1945 Mitglied des Widerstands, danach erster Chef der deutschen Marshallplan-Behörde, Mitbegründer der KfW und langjähriger Chef des Verwaltungsrats. Sein

Schwiegersohn arbeitete CIA-Angaben zufolge hauptamtlich für Pullach. Die Initiative zur Kooperation zwischen Bank und Geheimdienst soll von Schniewind ausgegangen sein. Die KfW erklärte auf Anfrage, sie habe von einer solchen Zusammenarbeit in den fünfziger Jahren „keine Kenntnis“.

Die Bank steht seit längerem im Verdacht, in Geheimoperationen verwickelt gewesen zu sein. So soll sie im Auftrag Bonn 1961 den Bau der israelischen Atombombe mitfinanziert haben (SPIEGEL 23/2012). Sie gab einen Millionenkredit an Israel, der insbesondere für den Bau einer atomar betriebenen Meerwasser-Entsalzungsanlage in der Negev-Wüste vorgesehen war. Doch die Anlage wurde nie gebaut, und was mit dem Geld geschah, ist unklar. Die Kreditanstalt hat nach eigenen Angaben die Verwendung nicht überprüft. klw



## Energie Grüne fordern Kohlendioxidsteuer

Die Grünen wollen die Stromsteuer abschaffen und dafür eine neue Abgabe auf Kohlendioxidemissionen festsetzen. Das sieht ein Papier von Parteichef Cem Özdemir und Fraktionsvize Oliver Krischer vor. Für Kohle, Erdgas

und Öl bei privaten Heizungen oder im Straßenverkehr soll die Abgabe pro ausgestoßener Tonne Kohlendioxid berechnet werden. Dort, wo bei der Stromgewinnung schon länger mit Emissionszertifikaten gehandelt wird (etwa bei Kohlekraftwerken oder Chemiebetrieben), fordern sie einen höheren Mindestpreis. Der Plan ist auch

in der eigenen Partei umstritten, weil man eine Wahlkampfdebatte um Grüne und Steuererhöhungen fürchtet. Özdemir und Krischer beteuern deshalb: „Die Höhe der CO<sub>2</sub>-Steuer wird so ausgerichtet, dass sie dem Aufkommen der bisherigen Stromsteuer entspricht.“ Die Verbraucher würden netto nicht höher belastet als zuvor. gt

## Asyl Schutz für Türken

Die Zahl der türkischen Staatsdiener, die in Deutschland Asyl beantragen, steigt weiter. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) liegen mittlerweile rund 450 Anträge von Diplomaten, Soldaten, Richtern und anderen Beamten samt Familien aus der Türkei vor. Ihnen werden Verbindungen zur Gülen-Bewegung vorgeworfen, die Präsident Erdoğan hinter dem Putschversuch von Juli 2016 sieht. Einige der Schutzsuchenden waren zuvor als Nato-Soldaten in Belgien stationiert. Auch ein früherer Militärattaché an der türkischen Botschaft eines afrikanischen Landes hat hier den Asylantrag gestellt. Insgesamt liegen beim Bamf inzwischen mehr als 7700 Anträge türkischer Staatsbürger. Die Anerkennungsquote bei Asylsuchenden aus der Türkei betrug 2016 rund acht Prozent, sie dürfte nun deutlich höher werden. wow